



Wie gelingt die Energiewende im Gebäudebereich? Handlungsfelder für eine sozialverträgliche Transformation

Warum braucht es eine sozial- ökologische Wärmewende?

Im Gebäudebereich fallen je nach Berechnungsmethodik bis zu vierzig Prozent der Treibhausgasemissionen in Deutschland an. Um bis 2045 Klimaneutralität zu erreichen, muss die **energetische Ertüchtigung** des Gebäudebestands **deutlich beschleunigt** werden. Diese lahmte in den vergangenen Jahren, sodass der Gebäudebereich im Jahr 2024 laut Schätzungen zum wiederholten Mal das im Klimaschutzgesetz angegebene Emissionsziel verfehlt hat.

Gleichsam sollten bei Umsetzung der Wärmewende **soziale Faktoren** Berücksichtigung finden. Denn: Die Wärmewende hat unmittelbare Rückwirkung auf den Lebensalltag und die Entwicklung der Energiekosten. Haushalte mit niedrigen Einkommen waren in den vergangenen Jahren stark von Energiepreissteigerungen betroffen.

Für die Transformation im Gebäudebereich greifen technische, gesellschaftliche und regulatorische Faktoren ineinander. Nur mit einem **systemischen Vorgehen** kann die sozial-ökologische Wärmewende gelingen.

Fokus auf Worst Performing Buildings

Worst Performing Buildings (WPBs) stellen für die rasche Senkung der Treibhausgasemissionen einen essenziellen Hebel dar. Zielniveau für die Sanierung sollte die **Niedertemperaturfähigkeit** für die Beheizung sein. Der CO₂-Preis sollte als Leitinstrument weiterhin im Zentrum des Instrumentenmixes stehen. Zielführend erscheint zudem eine stärkere Fokussierung und Erhöhung **der Fördermittel für WPBs**. Ordnungsrechtliche Vorgaben können die Sanierung von WPBs zusätzlich beschleunigen, sollten jedoch mit ausreichender Vorlaufzeit und sinnvollen Ausnahmeregelungen eingeführt werden. Umfangreiche **Informations- und Beratungsangebote** sollten alle Maßnahmen begleiten.

Soziale Nachhaltigkeit im Blick

Um die Wärmewende sozial nachhaltig zu gestalten, braucht es ausgleichende Maßnahmen für **vulnerable Gruppen**. Dies betrifft sowohl finanzschwache Eigentümer*innen – insbesondere in WPBs – als auch in besonderem Maße Mieter*innen. Eine Reform der **Modernisierungsumlage** könnte ein entscheidender Hebel dafür sein, dem Mieter-Vermieter-Dilemma besser zu begegnen sowie Mieter*innen zu schützen. Wesentlich für die **aktive Trägerschaft** der Energie- und Wärmewende sind gesellschaftliche **Teilhabe**, beispielsweise durch lokale Anlaufstellen, zielgruppengerechte Beratungs- und Unterstützungsangebote sowie strategische Allianzen zwischen öffentlichen und privaten Akteuren. Teilhabe bedeutet dabei auch, **Möglichkeiten zum eigenen Handeln** zu schaffen. Zum Beispiel könnten verstärkte Angebote für gemeinschaftliches Wohnen dem steigenden Pro-Kopf-Flächenverbrauch entgegenwirken.

Verbesserter Kenntnisstand als Grundlage

Die Verfügbarkeit, Qualität und Bereitstellung von Daten im Gebäudebereich ist derzeit unzureichend. Dies erschwert die Formulierung und Evaluierung politischer Maßnahmen. Um die Datenlage im Gebäudebereich zu verbessern, sollten **Energieausweise** verstärkt ausgestellt und aufgewertet werden. Auch **weitere Erhebungs- und Analysemethoden**, wie zum Beispiel Fernerkundung oder Künstliche Intelligenz, sollten zum Einsatz kommen. Alle verfügbaren Informationen sollten zentral im Rahmen einer **Energieausweisdatenbank** sowie eines **Gebäuderegisters** gesammelt werden. Mittel- und langfristig sollte ein **digitales Gebäudelogbuch** eingeführt werden.